

|   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| <b>Antrag zur Beratung<br/>des Haushaltsbegleitbeschlusses 2010</b> | Beratungs-Nr. <sup>1</sup>        |
| Antragsteller<br><b>Gabi Gärtner<br/>RM SOLINGEN AKTIV</b>          | Antragsdatum<br><b>07.07.2010</b> |

|                     |                                     |
|---------------------|-------------------------------------|
| <b>A) Antrag an</b> |                                     |
| Bezirksvertretung:  |                                     |
| Fachausschuss:      |                                     |
| Finanzausschuss:    | <input type="checkbox"/>            |
| Rat:                | <input checked="" type="checkbox"/> |

|   |  |  |      |      |             |
|---|--|--|------|------|-------------|
| <b>B) Antrag zum Haushaltssicherungskonzept</b>   |  |  |      |      |             |
| <input checked="" type="checkbox"/> neue Maßnahme |  | Maßnahme-Nr.: <input type="checkbox"/> anpassen <input type="checkbox"/> löschen |      |      |             |
| HSK-Bezeichnung<br>(soweit bereits vorhanden)     |  |  |      |      |             |
| HSK-Bezeichnung<br>(lt. Änderungsantrag)          | <p>Vergabe eines Untersuchungsauftrages an geeignete Institute (z.B. an das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen unter Direktion von Prof. Gerhard Bosch, Professor für Soziologie) oder auch stadteneigene Kompetenzen, wie die Stadt Solingen durch neue Arbeitszeitmodelle v.a. in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben Ausbildungs- und Arbeitsplätze erhalten bzw. neue schaffen kann.</p> <p>Geprüft werden sollen</p> <p>a.) die Möglichkeiten der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Besetzung von Stellen länger erkrankten Personals durch befristete Arbeitsverhältnisse.</p> <p>b) Entwicklung eines städtisches Beschäftigungsprogramms für sozialversicherungspflichtige und tariflich eingestufte Beschäftigte für zahllose überfällige Arbeiten in der Stadt in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales, Umwelt, Instandhaltung, Busbegleitung usw.</p> <p>c.) Möglichkeiten zu Schaffung weiterer Ausbildungsplätze bei der Stadt Solingen mit der Gegenfinanzierung durch Einsparung von Folgekosten der Arbeitslosigkeit Für das Gutachten sollen 150.000 Euro in den städtischen Haushalt 2010 eingestellt werden.</p> <p>Eine Gegenrechnung, wie sich diese Maßnahme positiv auswirkt, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.</p> |  |      |      |             |
| HSK-Ziel (EUR)                                    | 2010   | 2011   | 2012 | 2013 | strukturell |
| Verwaltungsvorschlag:                             | 0  |  |      |      |             |
| Änderungsantrag:                                  |  | -150.000   |      |      |             |

<sup>1</sup> Wird von der Verwaltung ausgefüllt

### Begründung

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden vom Rat weitgehend ignoriert, obwohl sie die entscheidende materielle Lebensgrundlage nicht nur für die BürgerInnen und für die Zukunft der Jugend, sondern auch für die Zukunft der Gemeinde sind.

Wir treten daher für eine grundsätzliche Wende in der Arbeitsmarktpolitik ein - sowohl im Interesse der BürgerInnen als auch im Interesse der finanziellen Gesundheit unserer Stadt.

Finanziell sind die Kosten aus der hohen Arbeitslosigkeit und Niedriglohnpolitik hauptsächliche Belastungen für unsere Stadt. Für Aufwendungen für Leistungen nach SGB II (Kosten der Unterkunft...) und SGB XII rechnet der Haushaltsbegleitbeschluss mit Mehrbelastungen von mehreren Mio. Euro bis 2013, jedes Jahr muss der Rat erhebliche Mehraufwendungen für Sozialkosten beschließen.

Statt der Finanzierung der Arbeitslosigkeit könnten kommunale Arbeitsplätze geschaffen werden. Nach Berechnungen der Partei die Linke wäre allein aus den Aufwendungen der Kommunen für Leistungen für Hartz-IV-Empfänger die sofortige Schaffung von 1 Mio. kommunaler Arbeitsplätze mit einem entsprechenden Tariflohn möglich, weitere Arbeitsplätze würden Transferkosten verursachen, längerfristig aber die Sozialausgaben der Kommunen weiter senken. In der Krise erwies sich die Arbeitszeitverkürzung (Kurzarbeit) als geeignetes Mittel, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Derartige Initiativen sollen mit den Antrag geprüft und gefördert werden, statt Mangel verwalten - Zukunft gestalten!